

Fünf Fragen an Jürgen Schupp

Mittelschicht immer unzufriedener mit Arbeitseinkommen

Herr Prof. Schupp, in ihrer Studie stellen Sie zusammen mit Stefan Liebig von der Universität Duisburg-Essen fest, dass in Deutschland die subjektive Lohn-Ungerechtigkeit zugenommen hat. Wächst die Kluft zwischen arm und reich?

Mehrere Studien haben gezeigt, dass die Real-einkommen in den vergangenen Jahren nicht gestiegen, sondern in vielen Bevölkerungsgruppen sogar gesunken sind. Zudem war von 2000 bis 2006 eine wachsende Polarisierung der Einkommensverteilung zu beobachten. Das heißt: Einkommensungleichheiten haben zugenommen, wobei die oberen und unteren Einkommensgruppen vermehrt auseinanderdrifteten. Unsere Studie zeigt nun das subjektive Bild dieser Veränderungsprozesse im Einkommensgefüge. Dabei stellen wir tatsächlich fest, dass das Ungerechtigkeitsempfinden über die eigene Einkommenshöhe bei den Menschen gewachsen ist, insbesondere in Westdeutschland.

Man unterscheidet zwischen hohen, mittleren und geringen Einkommen. Was hat sich in dem Zeitraum, den Sie untersucht haben, also in der Zeit von 2005 bis 2007, konkret verändert?

Sowohl 2005 als auch 2007 ist die höchste Unzufriedenheit im unteren Einkommensbereich anzutreffen. Beim Blick auf die individuellen Veränderungen sehen wir dann bei der Gerechtigkeitsbewertung zwar einerseits eine hohe individuelle Stabilität, ein Einkommen als gerecht oder ungerecht zu empfinden. Die größte Bewegung stellen wir andererseits im mittleren Einkommensbereich fest. Die Zunahme gefühlter Einkommensungerechtigkeit stellt also weniger ein Problem der Bezieher geringerer Einkommen als vielmehr der Mittelschicht dar.

Kann man sagen, wann ein Lohn als gerecht oder ungerecht empfunden wird; welche Kriterien legen sie an?

Wir geben keine normativen Kriterien vor, um über gerecht oder ungerecht eine endgültige Aussage treffen zu können. Wenn man freilich Individuen fragt, was ihr ganz persönliches Ge-

rechtigkeitsempfinden zu ihrem Einkommen ist, geben sie durchaus konsistente Antworten.

Für die Einen sind zunehmende Einkommensungleichheiten Ausdruck sozialer Ungerechtigkeit, für die Anderen kennzeichnen sie eine sozial gerechte Gesellschaft, weil die Ungleichheit die individuellen Leistungsunterschiede widerspiegelt.

Wie reagieren Menschen, wenn Sie ihr eigenes Einkommen dauerhaft als ungerecht empfinden?

In einer früheren Studie haben wir gezeigt, dass Menschen, die sich ungerecht entlohnt fühlen, mit größerer Wahrscheinlichkeit nicht zur Wahlurne gehen, als diejenigen, die ihr Einkommen als gerecht empfinden. In der aktuellen Studie haben wir auch ökonomische und betriebswirtschaftliche Folgen untersucht. Wir können zeigen, dass ein signifikanter Zusammenhang

» Lohnungerechtigkeit belastet die Volkswirtschaft «

zwischen subjektiv wahrgenommener Ungerechtigkeit und krankheitsbedingten Fehltagen besteht. Das bedeutet, dass durch eine un-

gerecht empfundene Bezahlung neben den individuellen gesundheitlichen Beeinträchtigungen auch Kosten zu Buche schlagen, die eine Belastung für die Volkswirtschaft darstellen können. Insofern sollten von klugen Unternehmern und Managern Aussagen über die Zufriedenheit nicht als reiner „Subjektivismus“ abgetan werden.

Welche Möglichkeiten hat die Politik, hier gegenzusteuern?

Die Politik ist gut beraten, wenn sie auch die empfundene Einkommensentwicklung bei den Bürgern genau beobachtet. Sie sollte ein besonderes Augenmerk darauf legen, Entlastungen bei den Abgaben der Bürger besser zu kommunizieren. Sie sollte außerdem überlegen, wie sie mit Belastungen umgeht, die in den Sozialabgaben enthalten sind. Denn diese Kosten treffen die mittleren Einkommensgruppen besonders stark. Und diese sind besonders unzufrieden.



Prof. Dr. Jürgen Schupp,
stellvertretender Leiter
der Abteilung
Längsschnittstudie
Sozio-oekonomisches
Panel (SOEP)
im DIW Berlin

Das Gespräch führte
Dietmar Neuerer.

Das Interview zum
Anhören finden Sie auf
www.diw.de

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran
(Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01 805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen
vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung
– auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die
Stabsabteilung Kommunikation des
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.